Ronald Hitzler Alexandra Göschl, München

Reflexive Reaktionen. Zur Bewältigung allgemeiner Verunsicherung

I. Ent-Disziplinierte Bürger

Eine moderne Zivilisationsgeschichte über das Verhältnis von einzelnem Bürger und sozialer Ordnungsgewalt besagt, daß die Macht-Techniken zur Herstellung von Fügsamkeit und Unterwerfung dieses Bürgers gegenüber bürokratisch repräsentierten, staatlich-'funktionalen' Erfordernissen immer weiter verfeinert, verstetigt und verallgemeinert worden sind und gegenwärtig im Begriff stehen, einmal mehr eine neue Qualität zu erreichen. Gilles Deleuze (1992) faßt diesen aktuellen Prozeß im Bild des 'elektronischen Halsbandes', das eine hypertrophierte Staats- und Polizeimacht dem im Benthamschen 'Panoptikum' nicht mehr zu bändigenden Individuum angelegt habe. Demnach mutiert gegenwärtig die moderne 'Disziplinargesellschaft' (vgl. Foucault 1976a, 1976b) in eine postmoderne 'Kontrollgesellschaft'.

D. h., während die traditionellen Disziplinierungs- und Formierungsanstalten der Moderne: die Familie, die Bildungsstätten, die Fabriken, und in ihren totalen Formen: die Gefängnisse, die Psychiatrien, die Kasernen erodieren, zerfallen und sich auflösen, werde der Untertan zugleich immer totaler - also jederzeit und allerorten - identifizierbar, kontrollierbar und reglementierbar, während er sich in des Wortes vielfältigster Bedeutung noch - oder jetzt erst recht - 'unfaßbar', sprich: selbstbestimmt, originell, nicht regulierbar wähne. Dabei laufe er ständig und immer unentrinnbarer an den langen Leinen systemischer, also entpersonalisierter Apparate: verpflichtet auf konformitätsorientierte Selbstreflexivität[1] zum einen, und bei jedem Schritt identitätsmarkierende Datenspuren hinterlassend zum anderen. 'Das elektronische Halsband', das die unsichtbaren Grenzen des individuellen Bewegungsraumes wirkungsvoller absteckt als es jede sichtbare Umzäunung vermöchte, wäre dementsprechend lediglich ein avanciertes Symbol solcherart hypertrophierter Verortungs- und Verwaltungsmechanismen.[2]

1 In der Tradition lutheranischer Gewissenserforschung (vgl. dazu Soeffner 1992, S. 20 ff)

2 Mit Blick auf morgen geht es, technisch gesehen, natürlich schon nicht mehr um ein elektronisches Halsband, sondern vielmehr um ein elektronisches *Implantat*. Die im engeren Sinne nicht-technische, die 'therapeutische' Alternative dazu, die vorzugsweise in irgendwelchen

Andererseits läßt sich gegenwärtig allerdings kaum noch übersehen, daß die sowohl aus den stählernen Gehäusen des totalitären Leviathan entlaufenen als auch aus den goldenen Käfigen des liberalen Wohlfahrtsstaates entlassenen Menschen mehr und mehr dazu übergehen, relativ führungslos und (noch weitgehend) unterhalb jeglichen theoretisch-ideologischen Systematisierungsbedarfs, ihre Existenz aus allen möglichen Angeboten und eigenen (skurrilen, wirren, biederen, boshaften und bösartigen) Einfällen selber zusammenzubasteln, und daß diese individualisierten Sinnbastler sich überall dort zu Wort melden, wo bislang (böse oder gute) Ordnung zu herrschen schien, dort also, wo 'die Dinge' ihren gewohnten, ihren institutionellen Gang gingen. D. h., allenthalben werden überkommene gesellschaftliche Verkehrs- und Vollzugsformen in Frage gestellt: Immer mehr Entscheidungsbereiche öffnen sich für die (unmittelbare oder mittelbare) Mitsprache von tendenziell 'allen' (betroffenen) Gesellschaftsmitgliedern; Teilhabe- und Teilnahme-Ansprüche von jedermann (und natürlich auch: jeder Frau) werden überall und jederzeit moralisch *und* juristisch eingeklagt (vgl. dazu auch Negt/Kluge 1992).

. Kurz: Der immer unübersichtlicher werdende Alltag einer zunehmend als 'reflexiv' etikettierbaren Moderne *politisiert* gegenwärtig - ganz basal - das menschliche Zusammenleben. 'Reflexiv' meint, daß wir nunmehr wesentlich mit einer neuen 'Qualität' von *Nebenfolgen* des bisherigen Modernisierungsprozesses konfrontiert sind - nämlich mit solchen, die die Voraussetzungen und Grundlagen unterschiedlicher Entwicklungsbereiche und -linien dieses Modernisierungsprozesses selber tangieren, irritieren und/oder unterminieren (vgl. Beck 1996). D. h. ganz vereinfacht gesprochen: Die Konsequenzen der Modernisierung stellen deren Prämissen und Postulate in Frage.[3] In dem Maße, in dem diese 'Effekte' thematisiert und auf die Agenda öffentlicher Diskurse gesetzt werden, werden die unhinterfragten Selbstverständlichkeiten, die nichtbedachten Gewohn- und Gewißheiten, die unerkannten Traditionalismen des modernen Lebensvollzugs ans Licht sozialer Aufmerksamkeit gebracht und damit eben - in einem weitgedachten Sinne - politisiert. 'Politisierung' meint dabei, wie gesagt, die - hinsichtlich ihrer ideologischen Vor-Zeichen durchaus ambivalente - Selbstermächtigung von Bürgerinnen

Modell-Verwahranstalten erprobt wird, ist das, was Brosziewski/Maeder 1993 und Maeder 1995 als "kommunikatives Panoptikum" beschreiben.

3 Ein - sozusagen öko-kanonisches - Beispiel: Die Zerstörung natürlicher Ressourcen im Zuge der technisch-industriellen Erzeugung von mehr 'Lebensqualität' vermindert eben diese Lebensqualität und 'konterkariert' damit gleichsam das zivilisatorische Projekt der Industrialisierung (vgl. dazu bereits Beck 1986).

und Bürgern (vgl. hierzu Hitzler/Koenen 1994 sowie die Beiträge in 'Ästhetik & Kommunikation' 1994).

Anders ausgedrückt: Die (hypostasierte) Dominanz der staatsbürokratischen Interessen schwindet mit dem Anbruch der 'anderen', der 'reflexiven' Moderne gegenüber den eigensinnig-lebensweltlichen Relevanzen der individualisierten (Klein-)Bürger mehr und mehr (vgl. Beck 1993). Nicht etwa hervorgezerrt am elektronischen Halsband, vielmehr ungeduldig (und gelegentlich ungebärdig) hereindrängend ins öffentliche Leben, skeptisch und informationssüchtig zugleich, selbstbewußt bis arrogant, eigensinnig und fordernd setzen diese 'ihre' Angelegenheiten auf die Agenda des politisch Verhandlungsfähigen und Durchsetzungsbedürftigen: von der Kindererziehung und Verkehrsberuhigung über die Sehnsüchte nach sauberer Umwelt und geschlechtsspezifischer Selbstverwirklichung bis zur Abneigung gegen merkwürdige Ansichten und fremdländische Nachbarn. Dabei machen sich also keineswegs nur links-emanzipatorische Selbstbestimmungsideale, sondern - aktuell immer unabweisbarer - auch fast vergessene National-Chauvinismen, ethnozentrische Ressentiments und auf das Fremde gewendete Existenz- und Konsumängste breit.

II. Konsequenzen der Politisierung

D. h., die dergestalt politisierte Gesellschaft der 'reflexiven' Moderne ist dadurch geprägt, daß auf der Basis ökonomischer, politischer, ökologischer, geschlechtlicher, ethnischer, nationaler, religiöser und mannigfaltiger anderer Antagonismen 'Verteilungskämpfe' aller Art um materielle Güter, um Weltdeutungen, um Kollektiv-Identitäten, um Lebensgewohnheiten und -qualitäten, um soziale Räume, Zeiten und Ressourcen, um Gestaltungschancen, um Grundsatz- und Detailfragen auf- und anbrechen, und daß sich diese 'Verteilungskämpfe' kaum noch und immer weniger mit dem überkommenen klassifikatorischen Analyse-Raster von Links und Rechts, von progressiv und konservativ, von revolutionär und reaktionär, usw. fassen lassen. Infolgedessen entsteht ein (hektisches) Durcheinander vielfältiger, vielfach antagonistischer Ideologien und ideologischer Kombinationen, Mixturen und Melangen, das sich zusehends als Brutstätte der Militanz im Hinblick auf zunehmende zwischenmenschliche Gewaltbereitschaft entpuppt.

Auch hierzulande wandeln sich - insbesondere - die Städte von *Schauplätzen* aller möglicher, mehr oder minder expressiv inszenierter Ungleichheiten zu *Nahkampfstätten* heterogener und vielfach antagonistischer Wohn- und Lebensinteressen. Auch ohne sogleich, wie Hans-Magnus Enzensberger, von einem bereits allgegenwärtigen 'Bürgerkrieg'[4] sprechen zu wollen: Der Fremde, zu dem heutzutage jeder Einzelne schon beim Gang um die nächste Ecke werden kann, tut zusehends gut daran, sich durch ihm wenig oder nicht vertrautes Terrain *mit* statt *ohne* Vorurteile darüber zu bewegen, welchen Risiken man an welchen Orten, in welchen Milieus und Arealen ausgesetzt ist.[5]

Je mehr Menschen unterstellt wird, davon zu leben, durch den Verfolg *ihrer* Interessen anderen Menschen das Leben (wie auch immer) schwer zu machen, um so mehr wird denen, denen (vermeintlich) das Leben von anderen schwer gemacht wird, die Sehnsucht nach Ruhe, Ordnung und Sicherheit zum nicht mehr nur privaten Anliegen, sondern zur öffentlich vorgetragenen, zur politischen Forderung. Eine wachsende Wehr-Bereitschaft von Menschen, die meinen, sie hätten 'etwas zu verlieren', greift somit aktuell (relativ) unabhängig von (wie auch immer bestimmbaren) *objektiven* Risiken und Bedrohungen um sich (vgl. dazu Reuband 1992). Denn die dahinterstehenden Sicherheitsbedürfnisse drücken *tatsächliche* Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung aus. Und entsprechend dem bekannten Diktum von William I. Thomas, wonach die *Definition* einer Situation als 'real' reale Konsequenzen zeitigt, resultiert aus den Reaktionen auf die in Kriminalitätsfurcht fokussierte allgemeine Verunsicherung, zunehmend sichtbarer werdend, so etwas wie eine (gegenüber unseren zivilisatorischen Gewohnheiten) neue Politisierung der Sicherheitsfrage.

Wenn man nun weder davon ausgeht, daß die gegenwärtig grassierende Kriminalitätsfurcht einfach daraus resultiert, daß illegale Handlungen zunehmen, daß illegale Handlungen immer gewalttätiger werden und daß folglich immer mehr Menschen immer häufiger Opfer von Gewalttaten werden, noch davon, daß Menschen als 'Sündenbock' bzw. 'Feindbild' für ihre diffusen Existenzängste neuerdings eben (mangels besser geeigneter Alternati-

4 Enzensberger (1993, S. 171) zufolge ist ja "der Bürgerkrieg längst in die Metropolen eingewandert. Seine Metastasen gehören zum Alltag der großen Städte... Geführt wird er nicht nur von Terroristen und Geheimdiensten, Mafiosi und Skinheads, Drogengangs und Todesschwadronen, Neonazis und Schwarzen Sheriffs, sondern auch von unauffälligen Bürgern, die sich über Nacht in Hooligans, Brandstifter, Amokläufer und Serienkiller verwandeln. ... Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, es herrsche Frieden, nur weil wir immer noch unsere Brötchen holen können, ohne von Heckenschützen abgeknallt zu werden. Der Bürgerkrieg kommt nicht von außen, er ist kein eingeschleppter Virus, sondern ein endogener Prozeß."

5 Speziell in den neuen Bundesländern ist die alltägliche Verunsicherung der Menschen durch jene nicht in den Einigungs- und Beitrittsverträgen und schon gar nicht in den Erwartungen 'anständiger Bürger' vorgesehene Um-Nutzung rechtsstaatlicher Freiheitsräume in Form illegaler, krimineller oder sonstwie unerwünschter Aktivitäten ein anhaltendes Thema sowohl der Medien als auch der Sozialforschung (vgl. dazu etwa Hornbostel/Hausmann 1993).

ven) das Phänomen bzw. das Phantom 'des Kriminellen' bevorzugen, wenn man vielmehr jenseits fragwürdiger Kriminalitäts-Statistiken *und* diesseits gesellschaftskritischer Hysterisierungstheorien nach einer 'sinnhaften' Erklärung aktuell grassierender Kriminalitätsfurcht sucht, dann stößt man alsbald wieder auf Individualisierung als einem der zentralen Indikatoren reflexiver Modernisierung.

Die gegenstandsspezifische Grundthese dabei ist, daß die Emanzipation der Menschen aus überkommenen sozialmoralischen Milieubindungen im Zuge der Verwirklichung des Projekts der Aufklärung diese füreinander ebenso wie für jede 'Obrigkeit' unberechenbarer macht und somit tendenziell das zivilisatorische Projekt der (formalen) Demokratisierung untergräbt. Denn in dem Maße, wie Menschen sich aus traditionellen - moralische Verbindlichkeiten produzierenden und stabilisierenden - sozialen Milieus lösen, handeln sie typischerweise weniger im Rekurs auf kollektiv akzeptierte Normen und Werte als vielmehr im Hinblick auf individuelle Nützlichkeitserwägungen (vgl. dazu Esser 1991). Daraus folgt, daß sie sich in wechselseitig nicht mehr 'vertrauter' bzw. in für sie allenfalls unzulänglich noch vorhersehbarer Weise begegnen.

Es erscheint für den individuellen Akteur mithin - zumindest unter Individualisierungsbedingungen - als ein Gebot sozialer Klugheit, zumindest *nicht* damit zu rechnen, daß der andere zu seinen Gunsten handelt, wenn es nicht ohnehin besser für ihn ist, damit zu rechnen, daß der andere (im Zweifelsfall?) zu seinen Ungunsten handelt. Eine ebenso unangenehme wie in der Regel augenfällige Form, zu jemandes Ungunsten zu handeln, stellt dabei prinzipiell jede Art von ihn *schädigendem* illegalem bzw. kriminellem Verhalten dar. Und eben dies: illegales bzw. kriminelles Verhalten nicht (mehr) als mehr oder weniger milieuspezifische (und d. h. idealerweise sogar habituell identifizierbare) Angewohnheit gegenüber einer (hypostasierten) Interaktionsnormalität zu diskriminieren, sondern sozusagen 'immer und überall', also als optionales Kosten-Nutzen-Kalkül bei jedermann zu unterstellen, erscheint somit keineswegs als (von wem auch immer erzeugte bzw. geschürte) irrationale Hysterie, sondern als eine - zumindest subjektiv - 'vernünftige' Überlebens-Strategie unter Individualisierungsbedingungen (vgl. dazu auch Blinkert 1988).

Es geht also weniger um die Frage, ob 'wir alle' - jenseits unserer tradierten moralischen Bindungen - *tatsächlich* illegal bzw. kriminell zu handeln bereit bzw. geneigt sind, wenn es sich - unserer je subjektiven Nutzenerwartung nach - 'auszahlt'. Es geht vielmehr darum, daß es offenbar nützlich, d. h. 'vernünftig' ist, eben diese Bereitschaft beim anderen nicht *auszuschließen*.

In der 'Logik' des Konzepts reflexiver Modernisierung gesprochen heißt das, daß die Emanzipation des Individuums aus Abhängigkeit und Unmündigkeit als jenem zentralen 'Projekt der Moderne', das ein Zusammenleben von freien und gleichen Menschen ermöglichen sollte, nunmehr, unter sich zusehends realisierenden Individualisierungsfolgen, Konsequenzen zeitigt, die seine ideologischen Voraussetzungen selber in Frage stellen bzw. in Zweifel ziehen: Die Begegnung zwischen von ihren tradierten moralischen Oktroys 'befreiten' und - jedenfalls formalrechtlich und formalpolitisch - zunehmend 'gleichen' Individuen erfolgt 'vernünftigerweise' auf der Basis wechselseitigen Mißtrauens und befördert somit bei vielen 'Betroffenen' die Sehnsucht nach eben dem, dessen Negation diese Entwicklung ursprünglich ermöglicht hat: nach Sicherheit, welche aus dem 'Vertrauen ins Unhinterfragte' erwächst.

Nochmals: Es ist nicht die Frage, ob dieser Befund 'richtig' ist, sondern ob er im Sinne des Thomas-Theorems 'funktioniert'. Und dies scheint der Fall zu sein: Alle möglichen Aktivitäten von staatlicher wie von privater Seite, die sich unter dem Stichwort 'Herstellung und Gewährleistung Innerer Sicherheit' versammeln lassen, ergeben Sinn, wenn man davon ausgeht, daß immer mehr Menschen davon ausgehen, daß sie sich auf immer weniger Menschen unter immer selteneren Bedingungen verlassen können und daß sie gut daran tun, immer öfter immer mehr Menschen prophylaktisch zu mißtrauen. Wiederum in der 'Logik' des Konzepts reflexiver Modernisierung gesprochen heißt das, daß der die bürgerliche Existenz (autoritär) sichernde und ordnende Leviathan, der faktisch den *Privat*-Menschen erst ermöglicht hat, durch diesen im (politischen) Verfolg seiner individuellen Überlebensinteressen allmählich unterminiert wird: Das Vertrauen in die (das Verhalten des anderen) normierende Kraft (staatlicher) Institutionen weicht einem Mißtrauen gegenüber den Handlungsoptionen des anderen und damit (spätestens im zweiten Schritt) auch einem Mißtrauen in die Befriedungspotenz hierfür legitimierter Institutionen.

III. Reaktionen der Verunsicherten

Vor diesem Hintergrund wird nun im wesentlichen das eingefordert und zunehmend auch praktiziert, was wir die präventiv-repressiven Formen der *Bewältigung* allgemeiner bzw. alltäglicher Verunsicherung zu nennen vorschlagen (vgl. dazu auch Hitzler 1993). Diese begreifen wir sozusagen als Gegenstück zu eher *analytisch-therapeutischen Reaktionsweisen*. Jene zielen grosso modo darauf ab, die als die 'eigentlichen' deklarierten (sozialen,

wirtschaftlichen, psychischen) Ursachen hinter etwelchen gesellschaftlich oder teilgesellschaftlich als 'problematisch' etikettierten Verhaltensweisen von Personen aufzudecken und zu beseitigen - in der Annahme, damit würde folgerichtig auch das verschwinden, was (lediglich) als Symptom anzusehen sei. Hierbei geht es also vor allem um die Beseitigung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und um verstärkte moralische Sozialisation usw.

Die anderen Bewältigungsformen bezeichnen wir, wie erwähnt, als *präventiv-repressiv*. Bei ihnen steht nicht die Frage nach den Ursachen unliebsamer Erscheinungen im Vordergrund, sondern die Frage nach effizienten und effektiven, nach schnellen und wirksamen Mitteln zur Beseitigung oder zumindest zur Eindämmung und Zurückdrängung eines als 'problematisch' definierten, augenfälligen Tatbestandes. D. h., hierbei werden abstrakte Umstände und strukturelle Bedingungen als 'bis auf weiteres' gegeben angenommen, auf deren Basis Handlungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen sind; z. B. in Form von Forderungen nach Beseitigung von Gefahren- bzw. Belästigungsquellen (prototypisch: das Asylantenwohnheim in der Nachbarschaft), als Ruf nach mehr bzw. besserer Polizei sowie nach schärferen bzw. effektiveren Gesetzen, durch passive Sicherung von Hab und Gut (vom Vorhängeschloß bis zum bewachten Wohnghetto) sowie durch Defensivbewaffnung bzw. Selbstverteidigung, durch Beauftragung privater Sicherheitsdienste, durch Nachbarschaftshilfen und/oder Bürgerwehren bzw. Bürgerstreifen, aber auch in Gestalt von 'Übergriffen' gegen mißliebige Personen (Ausländer, Drogenabhängige, Stricher, Land- bzw. Stadtstreicher, Randalierer; aber auch: Vergewaltiger und Belästiger, falsch parkende Autofahrer, usw.), ja bis hin zur Aktivbewaffnung (die allerdings in Deutschland bislang noch nicht besonders bedeutsam ist).

Insgesamt geht es dabei vor allem darum, wodurch auch immer verursachtes, jedenfalls sozial unerwünschtes Verhalten anderer Personen durch wie auch immer demonstrierte Wachsamkeit und Sanktionsbereitschaft zu verhindern und/oder zu unterbinden.

Bürger, die ihre Sicherheit durch die Polizei nicht mehr hinlänglich gewährleistet sehen, haben also mehrere, hinsichtlich ihrer präventiv-repressiven Wirksamkeit gleichsam eskalierende Möglichkeiten, sich selber zu schützen: Sich abschotten, einschließen, einbunkern, das sind bis jetzt noch die verbreitetsten Reaktionsweisen auf die Angst vor dem, was sich 'da draußen' (vor der Tür) abspielt, was einen in vielfältigen 'Masken' zu bedrohen scheint. In diesem Verstande trifft das, was Barbara Ehrenreich (1994, S. 257) zur US-amerikanischen Entwicklung schreibt, immer stärker auch hierzulande zu:

> "Wenn die Armen gefährlich werden - süchtig, aggressiv, krank -, bricht die Mittelklasse in noch stärkerem Maße den Kontakt zu ihnen ab. Es ist besser, den Park zu schließen, so einige wohlhabende Bewohner von Lower Manhattan, als zu riskieren, mit denjenigen zusammenzutreffen, die keinen anderen Platz haben, um zu schlafen oder sich die Zeit zu vertreiben. Es ist besser, öffentliche Straßen zu sperren, so die Bewohner einiger Bezirke von Miami, als den Heruntergekommenen freien Zugang zu gewähren."

Türriegel, Vorlegeschlösser, Mehrfachsicherungen, Alarmgeber und Überwachungskameras breiten sich von den Großbürger-Villen in die Kleinbürger-Quartiere aus: wohnen hinter einem Wall von Sperrmechanik und Einfriedungselektronik. Trillerpfeifen, Pfeffersprays, Tränengaspistolen, Elektroschocker gehören für immer mehr Leute zur individuellen Survival-Ausrüstung: Noch scheint (hierzulande) die Passiv-Bewaffnung die Heimkehr mit heiler Haut hinlänglich zu gewährleisten (vgl. hierzu aber auch Cunningham/Strauchs/van Meer 1990).

Wem derlei 'individualistische' Vorkehrungen zum Schutz von Hab und Gut und von Leib und Leben das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit allerdings auch nicht mehr so recht zu gewährleisten scheinen, der kann nun auf *kommerzielle* Dienstleistungen zur präventiv-repressiven Herstellung bzw. Gewährleistung innerer Sicherheit zurückgreifen (vgl. dazu Voß 1992): Das Angebotsspektrum reicht hier vom 'klassischen' Nachtwächter und firmeninternen Werkschutz über die traditionellen Privat-Detekteien bis hin zum allenthalben boomenden privaten Sicherheitsgewerbe, in dem hierzulande bereits mehr Personen beschäftigt sind als bei der Polizei. Die Service-Leistungen privater Sicherheitsunternehmen werden ständig ausgeweitet: sie umfassen gegenwärtig vor allem Objekt-, Werk- und Personenschutz, Durchführung und Schutz von Werttransporten, Revierstreifen und Alarmmeldezentralen. 'Betreut' werden öffentliche, halböffentliche und private Verkehrsräume, Wohnquartiere, Geschäfte bzw. Geschäftsviertel sowie Anlagen (z. B. Kasernen der Bundeswehr und der Polizei).

Die bei privaten Firmen beschäftigten Wachtmannschaften übernehmen zwischenzeitlich auch die Aufgabe, Raubüberfälle und Nötigungen - insbesondere auf bzw. gegenüber Ladenbesitzern und reichen Privatleuten - zu vereiteln. Die Herstellung und Erhaltung von Sicherheit wird gegenwärtig also zu einem - allem Anschein nach: lukrativen - Geschäft. Allein in Bayern hat sich die Zahl der privaten Sicherheitsunternehmen in den letzten zehn Jahren um 150 Prozent auf über 500 erhöht. Und die Nachfrage nach Werkschutzleuten, Leibwächtern, Kaufhausdetektiven und Patrouillengängern steigt weiter.

Das Problem mit den kommerziell erbrachten Sicherheits-Dienstleistungen ist allerdings, daß sie eben *kommerziell* sind, d. h., daß sie von

denjenigen, die sie in Anspruch nehmen, auch bezahlt werden müssen. Kommerzielle Wachtmannschaften zu engagieren, mag deshalb für Großunternehmen und ausgesprochen zahlungskräftige Privatleute eine mögliche Lösung ihrer Sicherheitsprobleme sein, der Normalbürger ist damit aber finanziell überfordert. Dadurch könnte, so wird vielfach befürchtet, eine 'Zwei-Klassen-Polizei' entstehen: zum einen eine effiziente Privatpolizei, zugeschnitten auf die Schutzbedürfnisse ihrer Auftraggeber, und zum anderen eben eine staatliche Polizei, die sich wegen Personalmangels mehr und mehr auf die 'Verwaltung' von mittlerer und schwerer Kriminalität beschränken muß.

Eine - naheliegende - Alternative für die, die nicht willens oder nicht in der Lage sind, sich einen kommerziell angebotenen (Zusatz-)Schutz zu kaufen, besteht deshalb darin, sich mit anderen zu entsprechenden Interessengemeinschaften zusammenzuschließen (vgl. dazu z. B. Bright 1990, Johnston 1992, Timm/Christian 1991): Schon früher reisten ja aus diesem Grunde Kaufleute z. B. vorzugsweise in Gruppen durch die Lande; Siedler in zivilisatorischen Grenzgebieten wehrten sich dergestalt gemeinsam gegen unliebsame Zeitgenossen; vorzugsweise in Städten gründen Frauen heutzutage Selbstverteidigungsinitiativen gegen potentielle Räuber und Vergewaltiger; selbsternannte, ehrenamtliche 'Schutzengel' patrouillieren nächtens in U-Bahnen und Fußgängerzonen; vor allem in den USA und in Großbritannien entstehen vielerorts Nachbarschaftshilfen, und insbesondere (aber nicht nur) in den neuen Bundesländern Deutschlands wähnen sich entsetzte Eltern, verschreckte Rentner und wütende Geschäftsleute von der Politik im Stich und von der Polizei alleingelassen und machen sich mithin nicht nur auf Bürgerversammlungen Luft, sondern eben auch in Bürgerwehren mobil.

Dabei geht es um das eigene bzw. gemeinsame Zupacken und Hinlangen, um das persönliche Ein- und Durchgreifen, um (individuelle und kollektive) Selbstbewaffnung; es geht um gewalttätige Durchsetzung von Eigen-Interessen; es geht, in der Konsequenz, um einen neuen Vigilantismus.[6] Die ideologische Tendenz bleibt dabei im Prinzip gleich: Es ist allemal besser, zu vorsichtig als zu nachsichtig zu sein. Und: Man muß seine Art zu leben (einschließlich des dazugehörigen Besitzstandes) schützen und deshalb vorsorgen und sich nicht alles bzw. gar nichts mehr gefallen lassen.

6 Der Begriff 'Vigilantismus' meint Bürgerwehrhaftigkeit - in allen Spielarten - als *handlungspraktische Ideologie* (vgl. dazu Hitzler 1994a).

IV. Irritationen des staatlichen Gewaltmonopols

Diese dergestalt 'mobilisierten' Bürger aber stellen die Verwalter staatlicher Interessen somit immer unabweisbarer vor die Frage, was denn nun überhaupt ihr eigentliches Problem sei: das, wovor sich die Bürger zu fürchten scheinen, oder das, was die Bürger tun (können), wenn sie das Vertrauen darauf verlieren, sich nicht fürchten zu müssen. Denn: Grosso modo, d. h. je nach 'Temperament' und Organisationsform, schaffen diese neuen 'Vigilanten' dort, wo (ihnen) die tradierten zivilisatorischen Regeln des Zusammenlebens suspendiert erscheinen, neue Ordnungsräume. Insbesondere Nachbarschaftshilfen aller Art befördern Solidarität und kollektives Selbstvertrauen unter den in solchen Initiativen Engagierten, und sie schüren zugleich nervöse Wachsamkeit, Mißtrauen gegenüber allem und jedem, was nicht 'dazugehört' und somit präventiv als 'verdächtig' einzustufen ist. Dergestalt könnten sich unter den einschlägig sensibilisierten Bürgern schnell 'Wagenburg-Mentalitäten' ausbreiten: hohe Sozialkontrolle 'nach innen' und abwehrbereite Geschlossenheit 'nach außen'.

Nun läßt sich eine dergestalte Re-Politisierung der Sicherheitsproblematik zwar durchaus 'positiv' verstehen, sozusagen als eine Übertragung des auf dem moralischen Gebot der Solidarität gründenden Selbsthilfe- und Hilfe-zur-Selbsthilfe-Gedankens von den klassischen Feldern der Sozialpolitik (z. B. Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Gesundheit, Familie, Wohnen, Armut, usw.) auf einen elementaren Bereich der *Existenzsicherung*, nämlich der Verteidigung von Hab und Gut und von Leib und Leben. Problematisch erscheint diese Entwicklung aber vor allem wegen einer Fülle von Fragen nach den Kontroll- und Steuerungschancen gegenüber einem dadurch aktivierbaren Gewaltpotential (vgl. auch Narr 1992). Z. B. können aufgrund unterschiedlicher Ressourcenausstattung und Wehrbereitschaft individuell oder milieuspezifisch unterschiedliche Sicherheitsniveaus entstehen. Damit aber würde "der Rechtsstaat selbst ... unglaubwürdig", und es kommt unter Umständen zu jenem auch von Trutz von Trotha (1995) konstatierten Vorgang, "in dem das Prinzip staatlicher Herrschaft selbst oder wenigstens in der Form, wie wir es heute kennen, zur Disposition steht".

Am Endpunkt einer solchen Entwicklung stünde dann eben, wie es der Direktor der Polizei-Führungsakademie, Manfred Murck (1994, S. 76), ausdrückt, "die Refeudalisierung der öffentlichen Sicherheit". D. h., die Differenz zwischen ordnungsgemäßem und ordnungswidrigem Verhalten z. B. wäre nicht mehr eindeutig gesetzlich definierbar, sondern in den Ermessensspielraum der Schutzgemeinschaft bzw. einzelner ihrer Mitglieder gestellt.

'Geahndet' - und zwar nicht nur im Sinne legaler strafrechtlicher Verfolgung - werden können dann dementsprechend nicht mehr nur *strafrechtlich* relevante Delikte, sondern eben auch Verhaltensweisen, die als Verstöße gegen die (sozusagen lokalidiosynkratisch) von der jeweiligen Schutzgemeinschaft (willkürlich) definierten Ordnung interpretiert werden (vgl. dazu auch Shearing/Stenning 1983 und Ryan/Ward 1989).

Damit aber verlagert sich das Problem (rechts-)staatlicher Sicherheitsgewährleistung vom 'einfachen' Schutz des Bürgers vor rechts*widrigem* Handeln anderer zum sozusagen 'reflexiven' Schutz des einen Bürgers vor der alltäglichen Verunsicherung durch die (im wesentlichen) recht*mäßigen* Reaktionen des anderen Bürgers auf *dessen* alltägliche Verunsicherung (vgl. dazu auch Hitzler 1996).

V. "Schutzengel mit Armschlaufe": Zur Konstruktion von Bedrohung und Sicherheit

Als eine (rechts-)staatliche Reaktion auf die *Möglichkeit* solcherart Reaktionen verunsicherter Bürger ist die Idee eines 1994 im Freistaat Bayern gestarteten Modellversuches zu einer Bürgerbeteiligung an der Polizeiarbeit zu sehen. Im Rahmen des Forschungsvorhabens "Rechtliche Rahmenbedingungen und Vollzugswirklichkeit bei drei Modellversuchen der bayerischen Sicherheitswacht" (vgl. dazu Hitzler/Behring/Göschl/Lustig 1996a) haben wir diesen acht Monate lang in seiner ersten Phase begleitet.[7]

1994 wurde für die Bürger des Freistaates Bayern das "Jahr der Sicherheit" ausgerufen. Im dortigen Innenministerium hatte man eben die Ausarbeitung eines "15-Punkte-Programms zur Inneren Sicherheit des Freistaates Bayern" abgeschlossen. Es enthält eine Vielzahl von Forderungen, um dem als besorgniserregend diagnostizierten Ansteigen der Kriminalität entgegenzuwirken bzw. um die als "bedroht" eingestufte Innere Sicherheit zu (re-)stabilisieren. So heißt es dort: "An die Stelle der Unkultur des Wegsehens muß mehr Mitverantwortung der Bürger für die Innere Sicherheit treten." (Bay. StMdI 1994a, S. 5). Damit drückt das Bayerische Innenministerium einen für sie folgenreichen Mißstand in der Gegenwartsgesellschaft aus: Der Bürger verschließe Augen, Ohren und Mund angesichts krimineller Delikte. Auch wenn man gleichzeitig betont, daß Bayern als das sicherste Land der Bundesrepublik Deutschland gilt, so ist für die bayerischen CSU-Politiker

7 Dieses Projekt wurde von der Stiftung Volkswagenwerk im Rahmen des Schwerpunktes "Recht und Verhalten" gefördert. Mitarbeiterinnen unter der Leitung von Ronald Hitzler waren: Angela Behring, Alexandra Göschl und Sylvia Lustig.

die Konsolidierung der Inneren Sicherheit mehr denn je gefordert, denn auch diese diagnostizieren, daß die Kriminalität ins Bedrohliche steige. Es wird beklagt, daß sich der Bürger mehr als früher in seine Privatsphäre zurückzieht. Statt von solidarischem Miteinander sei die heutige Zeit immer mehr von einem Werteverfall geprägt. So weiß die Bayerische Staatsregierung:

> "Überzogene Ansprüche einzelner, Gruppenegoismus, Mißachtung der Anliegen der Allgemeinheit und mangelnder Respekt gegenüber dem Recht des anderen haben dazu geführt, daß unentbehrliche Regeln des Zusammenlebens immer weniger beachtet werden." (ebd., S. 2).

Diesen gesellschaftlichen Mißstand will man nun u. a. dadurch beheben, daß man Bürger (wieder) zum Engagement für die Gemeinschaft und zur Aufmerksamkeit für ihre Mitbürger bewegt. Punkt 15 des Programms enthält die Idee einer bayerischen Sicherheitswacht. Diese neue Institution soll in diesem Sinne der Polizei bei ihrer Aufgabe helfen, öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Verantwortungs- und sicherheitsbewußte Bürger sollen jetzt die Chance haben, aktiv *und* legal der Kriminalität entgegenzuwirken und ihren besorgten Mitbürgern Schutz zu bieten. Sie sollen in ihrer Freizeit die örtliche Polizei in der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere in der Bekämpfung von Straßenkriminalität unterstützen. Ein Schlagwort der Bayerischen Staatsregierung heißt dabei: "Sicherheit durch Wachsamkeit", und eben durch diese Wachsamkeit sollen diese "Schutzengel mit Armschlaufe", wie Innenminister Günther Beckstein sie nennt, einen Beitrag dazu leisten, den konstatierten gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Die Angehörigen der bayerischen Sicherheitswacht sind in Zivil, aber mit grüner Armbinde, Funksprechgerät und Reizstoffsprühgerät 16 Stunden monatlich (für eine Aufwandsentschädigung von 12,- DM pro Stunde) hauptsächlich in öffentlichen Anlagen, im Bereich von Haltestellen des öffentlichen Personen-Nahverkehrs und im Bereich größerer, anonymer Wohnsiedlungen 'auf Streife', um dort das Geschehen zu beobachten und bei verdächtigen Vorkommnissen per Funk Polizeibeamte herbeizurufen. Dabei soll der diensttuende Angehörige der Sicherheitswacht ein mustergültiges Beispiel sein für jeden Bürger und diesen durch sein Auftreten und Handeln daran erinnern, daß auch er bei Straftaten nicht weg- sondern hinsehen soll. In der ersten, von uns begleiteten, Modellversuchsphase wurden ab April 1994 in den Städten Nürnberg, Ingolstadt und Deggendorf ca. 40 Sicherheitswachtangehörige ausgebildet und eingesetzt.[8] Schwerpunkt unserer Forschungstä-

8 Nach erfolgreich bewerteter Abschlußanalyse stockte das Innenministerium diese Zahl auf, und zwar 1995 und 1996 mit jeweils 85 Sicherheitswachtangehörigen in verschiedenen

tigkeiten war vor allem die Sicherung und Dokumentation von kurzlebigen Daten, wie sie für die Anfangsphase eines Institutionalisierungsprozesses typisch sind. Die in unserem Datensicherungsprojekt angewendeten Methoden gehören - im Rahmen explorativ-interpretativer Sozialforschung - insbesondere zum Programm der 'Ethnographie kleiner Lebens-Welten' (vgl. dazu Hitzler/Honer 1988 und 1991, Honer 1993, 1994a und 1994b).

Wie sieht die Erfolgsbilanz *dieser* Form von Reaktion auf allgemeine Verunsicherung nach Abschluß der ersten Testphase aus? Für die bayerische Staatsregierung steht - wie zu erwarten war - außer Frage, daß der halbjährige Modellversuch als voller Erfolg zu bewerten ist.[9] Mit diesem Evaluationsergebnis sieht man sich gegen die Stimmen der Kritiker bestätigt. Ablehnend verhielt sich die Opposition im bayerischen Landtag, die für die Sicherheitswacht ein ausgesprochen kontraproduktives Ergebnis prognostizierte, da der Bürger nun einen *weiteren* Anlaß habe, bei Gewalttätigkeiten erst *recht* nicht mehr hinzusehen. "Eine Ausgeburt polizeistaatlichen Denkens" (SZ 13.8.92) war die Sicherheitswacht für die bayerische SPD, und ein Armutszeugnis für die CSU-Innenpolitik, die mittels einer Billig-Polizei nun versuchen würde, die Personalnot im Polizeidienst zu kompensieren. Bei den Grünen rief der Modellversuch Erinnerungen aus dem "Überwachungsstaat DDR" wach. Man fragte sich, was das für Menschen sein müssen, die so eine "Rolle zwischen Blockwart und Nachtwächter" (NN v. 15.12.93) übernehmen, und befürchtete, es handle sich vorzugsweise um Wichtigtuer, Bespitzler und Hobby-Denunzianten. Die Deutsche Polizeigewerkschaft im Bayerischen Beamtenbund hielt den "Wildwest auf weißblau" (Pressespiegel des DPolG 12/92) gar für verfassungswidrig, mit der Begründung, daß nach Artikel 33 des Grundgesetzes hoheitliche Aufgaben in der Regel dem Berufsbeamten vorbehalten sind. Die Gewerkschaft der Polizei bewertete die Ideen des damaligen Innenministers Stoibers als eine "Bankrotterklärung" (SZ v. 12.8.92) hinsichtlich dessen Sicherheitspolitik, und in Polizeikreisen wurde u.a. konstatiert, daß der Einsatz von unzureichend ausgebildeten Sicherheitswächtern zum einen die Fürsorgepflicht des Staates verletze und daß zum anderen ihre Wirkung allein auf einem Schein-Effekt beruhe, der

bayerischen Städten. Nach Abschluß der dreijährigen Gesamtversuchsphase ist ein flächendeckender Einsatz in Bayern geplant.

9 Ob die Kriminalitätsfurcht bzw. das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung der jeweiligen Modellstädte durch die Präsenz der Sicherheitswacht gesunken ist, wie z. B. von manchen Polizeibeamten festgestellt, wurde von uns nicht erhoben. Daten hierzu liegen uns nur in Form von solchen Aussagen der Sicherheitswachtleute vor, die beinhalten, wie sie selbst von Bürgern rezipiert wurden, oder in Form von unseren eigenen Beobachtungen auf Streife. Daraus läßt sich jedoch keine Aussage über ein verändertes subjektives Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung der drei Modellstädte ableiten.

den Bürgern lediglich ein Sicherheitsgefühl *suggeriere*, aber nicht 'wirklich' gebe ("Die Sicherheitswacht gaukelt den Leuten etwas vor" - AZ v. 13.04.93). Gleichzeitig prophezeite man, daß die Betreuung der Wächter die Polizei von ihren eigentlichen Aufgaben zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung abhalten werde. Auch würden sich vor allem Bürger engagieren, die "unbedingt Uniform tragen und Polizei spielen wollen", was eine enorme "Rechtsunsicherheit vor Ort" (SZ 12.8.92) zur Folge haben werde.

Für diese Kritiker entstammten - wie ebenfalls zu erwarten war - die vermeintlichen Erfolge der Sicherheitswacht lediglich einem Wunschbild des Innenministeriums. Während die SPD "notorische Erfolglosigkeit" (SZ 14.1.95) beanstandete und deshalb die Auflösung forderte, während Polizeigewerkschaften ihre Vermutung, das Projekt habe lediglich Placebo-Wirkung (und damit eben gar keine), bestätigt sahen, begründeten die bayerischen CSU-Innenpolitiker die von ihnen festgestellten Erfolge damit, daß durch den Einsatz der Sicherheitswacht das subjektive Sicherheitsgefühl der in den Modellstädten lebenden Bürger offensichtlich angestiegen sei. Man suchte dies u. a. mit den Ergebnissen einer Umfrage eines Nürnberger Meinungsforschungsinstitutes zu belegen. Vor allem aber wartete man bei Pressekonferenzen und in Presseberichten mit einer Reihe von Fallbeschreibungen auf, in denen dargestellt wurde, wie Angehörige der Sicherheitswacht Bürgern Hilfeleistungen gegeben oder sogar eine Reihe von Erfolgen erzielt hatten. Diese galten u. a. als Legitimation, den Modellversuch für 1995 und 1996 auszuweiten.

Wie aber stellt sich die kriminalistische Erfolgsbilanz aus der Sicht der Angehörigen der Sicherheitswacht dar? Über den Einsatz äußerte sich der Großteil uns gegenüber, daß man erwartet habe, es 'passiere' mehr auf Streife. Manch einer war ob der 'Langweiligkeit' des Streifendienstes enttäuscht. Zwar zeigte man sich erleichtert, daß man nicht in komplizierte und gefährliche Fälle verwickelt wurde, aber dennoch wurde von fehlenden 'Erfolgserlebnissen' und auch von Eintönigkeit gesprochen. So sagt ein Wächter über seinen Streifendienst:

> "Drei Stunden sind verdammt lang, das *sieht*, das sieht man gar nicht so, aber des (..). Man, man marschiert ja nicht, sondern das ist ein *Kriechen*, ein Schneckentempo, weil sonst bringt's nichts. Und man kriegt, also, von Rückenschmerzen bis zu Plattfüßen alles." (A, Z. 287-290)

Die vom Innenministerium berichteten Fälle von 'Erfolgserlebnissen' waren unseren Recherchen zufolge im Erlebnishorizont der Sicherheitswachtleute die Ausnahme. Typischerweise wurde der Dienst als langsames Umhergehen geschildert, während dem man erhöhte Aufmerksamkeit auf mögliche Ordnungswidrigkeiten lenkt. Ab und an half man Touristen beim Zurechtfin-

den in der Stadt, wies Passanten im Park darauf hin, ihren Hund an die Leine zu nehmen, forderte Jugendliche an öffentlichen Plätzen auf, ihre Abfälle wegzuräumen, oder notierte eine defekte Straßenlaterne. Eine Diskrepanz zwischen anfänglicher Kriminalitätserwartung einerseits und späterer Kriminalitätserfahrung auf Streife andererseits wurde ersichtlich: Insgesamt hatte man sich auf Streife mehr Kriminalität erwartet, die man hätte bekämpfen können - was für viele eben *auch* Motivation gewesen war, sich zu bewerben. Wurde - unserer Beobachtung nach - gerade anfangs noch regelrecht nach Vergehen 'gesucht', so flaute diese Anstrengung mit der Zeit ab, zudem allzu eifrige Wächter von erfahreneren Polizeibeamten gebremst wurden. Auch mied man im Laufe der Zeit vorzugsweise verlassene Gegenden, in denen einerseits nichts passierte (und man sich überflüssig vorkam), andererseits die Wahrscheinlichkeit gegeben war, selbst Opfer von Kriminalität zu werden (und nicht mehr deren Verhüter), und verlegte seine Präsenz hin in Bereiche, die häufiger von Bürgerinnen und Bürgern frequentiert wurden. Auch strebte ein Großteil der Wächterinnen und Wächter Doppelstreifen an, durch die - neben dem Argument 'vier Augen sehen mehr als zwei' - der Dienst unterhaltsamer wurde, während man nicht selten feststellte, daß die Kriminalität doch nicht so hoch sein könne, wie man bisher gemeint hatte.[10]

Auffällig war gleichzeitig, daß das Innenministerium im Verlauf der Planungs- und der Erprobungsphase die offizielle Zielsetzung immer wieder geändert hat: Im Juni 1992 plädierte der damalige Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Edmund Stoiber, noch für eine "ehrenamtliche Polizeireserve"[11], zusammengesetzt aus freiwilligen Helfern, die die Polizei bei ihrer Bewältigung der als gestiegen analysierten Kriminalität zu entlasten hätten. Aufgaben dieser - unbewaffneten - 'Polizeireservisten' sollten sein, daß sie z. B. zum Zwecke von Radarkontrollen Polizeiwagen führten, daß sie Gefangene bei der Überführung zu Gerichtsverhandlungen oder Geldtransporte bewachten, daß sie einfache Regelungen im Straßenverkehr übernähmen oder für Sicherheit bei Fußballspielen sorgten. Mit dem Einsetzen der Kritik von Sicherheitswacht-Gegnern wurde diese Zielstellung jedoch nicht mehr

10 So gesehen hat der Streifendienst eine wohl zunächst nicht intendierte Nebenfolge evoziert: Wenn die bayerische Sicherheitswacht eine Reaktion auf in Kriminalitätsfurcht fokussierter allgemeiner Verunsicherung ist, und wenn sich eine Veränderung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung kaum messen läßt, dann läßt sich zumindest für die in ihrer Kriminalitätserwartung 'enttäuschten' Sicherheitswächter vermuten, daß sie sich hinsichtlich einer allgemeinen Bedrohung durch Kriminalität jetzt sicherer fühlen als vormals. Insofern wäre kurioserweise für diese das eingetreten, was man im Innenministerium mit der Einrichtung Sicherheitswacht beabsichtigt hatte: Ihr Hinsehen (statt 'unkultiviertem' Wegsehen) hatte bewirkt, daß subjektives Sicherheitsgefühl steigt - aber eben (zunächst) nur ihr eigenes.

11 Zeitspiegel 20./21. Juni 1992.

so erwähnt, und Bezeichnungen, die das Wort 'Polizei' oder 'Reserve' enthielten, wurden in offiziellen Verlautbarungen oder in Interviews auch nicht mehr benutzt. Jetzt grenzte man sich explizit von Hilfspolizeimodellen ab und konstatierte demgegenüber, daß Polizeigewerkschaften und Opposition zu dem 'unbegründeten' - weil auf 'mangelnder Information' basierenden - Verdacht verleitet worden wären, man wolle 'klammheimlich' eine freiwillige Polizeireserve aufstellen. So ließ Edmund Stoiber drei Monate später verlauten, daß es ihm eben *nicht* um die Aufstellung einer ehrenamtlichen Polizeireserve ginge, die anstelle von - bewaffneten - Polizeibeamten eingesetzt werde oder mit diesen Streifen fahren würde (NK v. 12.8.92). So sprachen die Verantwortlichen dann vom Ziel, die Sicherheitslage *insgesamt* zu verbessern, was auch durchaus seinen Niederschlag in einer positiven Entwicklung der Kriminalstatistik hätte haben sollen. Als im Laufe der Zeit jedoch konkretere Zahlen, insbesondere aus dem Bereich der Straßenkriminalität, die ja laut Gesetz ein Spezialgebiet der Sicherheitswacht sein sollte, fehlten, wurde der Evaluationsindikator weg vom 'objektiven' und noch deutlicher als vormals hin zum subjektiven Sicherheitsgefühl verlagert.

Diese Umdefinitionen der angezielten Ergebnisse hin zu solchen, die sich problemloser als der Nachweis von gesunkener Kriminalität belegen lassen, ist für uns ein Hinweis darauf, daß der in die Polizeiarbeit eingebundene Bürger als *ein* (exemplarisches) Instrument symbolischer Politik der bayerischen Staatsregierung (vgl. Hitzler 1996) zu verstehen ist. Dabei grenzen wir uns in unserem Verständnis von 'symbolischer Politik' von solchen Positionen ab, die diese Art von politischem Handeln als Schein-Politik im Sinne von nicht-'wirklicher' Politik, also im Sinne von politischem Nichthandeln und Unterlassung begreifen.[12] Symbolische Politik im *hier* gemeinten Sinne ist eher all jene Politik, der die Absicht zugrunde liegt, Veränderungen in 'den Köpfen der Leute' zu erreichen, was durchaus auch Veränderungen von 'tatsächlichen' Problemlagen mit sich bringen kann - oder umgekehrt -, so wie Placebos eben durchaus Wirkungen zeitigen können.

Wie schon gesagt, stellt die Installation der Sicherheitswacht zudem eine (rechts-)staatliche Reaktion auf (potentielle) Reaktionen verunsicherter Bürger dar. Vornehmlich ist sie "die Alternative zu unkontrollierten Zusammenschlüssen von Bürgern, die glauben, selbst für Recht und Ordnung sorgen zu müssen", wie es in einer Werbebroschüre heißt (Bay. StMdI 1994b). Insofern setzt die bayerische Staatsregierung ein 'Zeichen' dafür, daß sie Bürgerwehren, die sich nicht in bestehende Strukturen einfügen wollen, nicht

12 Vgl. dazu auch Hitzler/Kliche 1995.

tolerieren will. Denn alle Arten von individueller oder kollektiver Selbstjustiz, alle Formen vom 'Staat im Staat', werden zunächst als eine Irritation des staatlichen Gewaltmonopols angesehen. Treffend ist hier die Terminologie einer der Hauptinitiatoren der Sicherheitswacht, Günther Beckstein. Dieser spricht von "Wildwuchs" und meint damit das "Zusammenschließen von Privatpersonen, die auf eigene Faust Streife gehen und ihre eigene Sicherheitspolitik machen wollen".[13] Das staatliche Gewaltmonopol und darüber hinaus die Staatssicherheit scheint dabei bedroht durch wuchernde, nichtstaatliche und illegale Gewaltausübung. Im Sinne der von Zygmunt Baumans verwendeten Metapher vom "Staat als Gärtner" (1992), die moderne Gesellschaften kennzeichnen soll, kann der Bayerische Staat *insofern* als ein *moderner* Staat interpretiert werden. Denn während nach Bauman die Postmoderne v. a. durch das Zulassen von Ambivalenzen, Pluralitäten und Widersprüchlichkeiten charakterisiert ist, ist die Moderne durch die *Abwehr* von Unordnung, Ambivalenzen und Unübersichtlichkeit, von einem "Krieg gegen Ungewißheit" (Bauman 1992, S. 14) gekennzeichnet. Der so definierte moderne Staat erreicht die Kontrolle über das 'Chaos', indem er sich gleich einem Gärtner verhält: Mit 'sorgsamer' Hand, die die 'Nutzpflanzen pflegt, wildes Gewächs kultiviert und nicht zu zügelndes Unkraut herausreißt', schafft er die erwünschte Ordnung, Sicherheit und Übersichtlichkeit.

Der wehrwillige, ent-disziplinierte Bürger aber, der dem Staat in seinen ordnenden und sicherheitsschaffenden Kompetenzen nicht mehr vertraut und sich selbst Ordnung verschaffen und seine eigenen Vorstellungen von Tolerier- und Nichttolerierbarem durchsetzen will, schafft - zumindest aus der Sicht des so verstandenen modernen Staates - wieder 'Unordnung'. Seine 'unkontrollierten Umtriebe' irritieren das staatliche Gewaltmonopol und evozieren möglicherweise indirekt eine Demonopolisierung der Gewaltherrschaft, was den Staat (aus dessen Sicht) in seinen Grundlagen bedrohen könnte. Die Bayerische Staatsregierung präsentiert sich in ihren Bemühungen, wehrwillige Bürger zu 'disziplinieren', als 'Gärtner', der gegen diesen "Wildwuchs" angeht. Sie 'kultiviert' das Schutzbedürfnis von Bürgern und deren zunächst anomische Wehrpotentiale zu einer Organisation, die eng an polizeiliche Instanzen gebunden und damit besser zu kanalisieren, zu normieren und zu kontrollieren ist.

Trotz der eigenen staatlichen Bemühungen hat nach Ansicht der Bayerischen Staatsregierung jeder Einzelne wieder (wie 'früher'), die Pflicht, Verantwortung für die Gemeinschaft, für die Innere Sicherheit und damit für die

13 Günther Beckstein in einer Rede am 9.11.93.

Bewältigung von Unsicherheit zu übernehmen (- natürlich nicht ohne staatliche Kontrolle). Denn sie diagnostiziert ein "dramatisches" Anwachsen des organisierten Verbrechens, der Massenkriminalität und der Gewaltbereitschaft. Immer weniger Menschen respektierten das Recht des anderen. Viele mißachteten damit immer mehr die Anliegen der Allgemeinheit und grundlegende Regeln des Zusammenlebens (vgl. Bay. StMdI 1994a, S. 2). Die Bayerische Staatsregierung erscheint vor diesem Hintergrund als Verfechterin des Gemeinschaftsinns, des Zusammenhaltens und Gegnerin von Werteverfall und Egoismus. Doch votiert sie damit - natürlich - nicht etwa prinzipiell gegen die freie Entfaltung der Persönlichkeit. "Innere Sicherheit ist [vielmehr - d. V.] die *Voraussetzung* für persönliche Freiheit", lautet der einleitende Satz des "15-Punkte-Programms" (Bay. StMdI 1994a, S. 2). Jedoch soll individuelle Entfaltung dann ihre Grenzen haben, wenn sie sozial unverträglich wird. Im Interesse des innerstaatlichen Friedens, der "Stabilität unseres Staates und [der] Lebensfähigkeit unserer Demokratie" (ebd.) will man den 'Verfall' von rechtsstaatlichen Werten und Normen aufhalten, da man der Ansicht ist, dieser zerstöre die Grundlagen des modernen Gemeinwesens.[14] Die Sicherung des innerstaatlichen Friedens ist für die bayerische Regierung aber eben auch eine Aufgabe der Bürger. Eine "Kultur des Hinsehens", wie sie für den ländlichen Raum typisch war, soll sich wieder ausbreiten. Statt einem 'anonymen Nebeneinanderherleben' von Menschen, die den Staat nur als günstiges Dienstleistungsunternehmen nutzen, sollen 'Bürgerpflichten' wie die Sorge für Gemeinsinn, Zusammenhalt, Verantwortung für die Gemeinschaft, wieder ernst genommen werden. Jeder einzelne ist aufgerufen, das Fundament der Gesellschaft, "die Achtung der Grundwerte menschlichen Zusammenlebens" (Bay. StMdI 1994, S. 3) - selbstredend unter staatlicher Aufsicht - zu schützen. Als Vorbild hierfür dient der bayerischen Staatsregierung der Angehörige der Sicherheitswacht, wie sie sich ihn idealerweise vorstellt.

Diese Argumentation weckt Analogien zu einer Debatte, die seit einiger Zeit unter Modernisierungstheoretikern geführt wird. In den Diskussionen um den Kommunitarismus wird u.a. die Frage gestellt, ob der "Zement der Gesellschaft" (Elster 1989) durch immer stärker individualisierte Subjekte, durch Phänomene wie "expressivem Individualismus" (Bellah 1992) brüchig wird. Man wäre nicht sonderlich überrascht, müßte man feststellen, daß die Verfasser des "15-Punkte-Programms" Begriffe wie "das Egoismus-Prinzip" (Etzioni 1994) kommunitaristischen Programmschriften entlehnt hätten. Vor

14 Angela Behring zufolge läßt sich diese Haltung durchaus mit den Hegelschen Vorstellungen vom idealen Staat wie dem idealen Bürger in eben jenem Staat vergleichen (Behring 1994).

allem innerhalb konservativer Richtungen wird geäußert, daß die unbegrenzte Entfaltung des Individuums und eine funktionierende Demokratie antagonistische Ziele seien. Wenn Kommunitarismustheoretiker und bayerische Politiker befürchten, daß eine "Gesellschaft, die sich konsequent auf atomisierte, voneinander isolierte und ihrem Eigeninteresse folgende Individuen stützt, (...) letztlich ihre eigenen Grundlagen untergräbt"[15], dann beschreibt dies - par exellence - 'Reflexivität', wie wir sie im ersten Teil des Beitrages definiert und skizziert haben.

Aus Sicht ihrer Schöpfer sollen die vorgestellten "Schutzengel mit Armschlaufe" somit nicht nur über Innere Sicherheit 'wachen'. Als Idealform sollen sie - indirekt - auch (in ihrer Eigenschaft als staatlich kontrollierte Alternative zu 'unbewachten' Bürgerwehren) einen Beitrag dazu leisten, das staatliche Gewaltmonopol und (in ihrem Einsatz für die Gemeinschaft und gegen die Gemeinschaft 'unterhöhlendem' Egoismus) gar bestimmte gesellschaftliche Prämissen und Postulate der Moderne zu 'bewahren'.[16] Vor diesem Hintergrund erscheint die Installation der bayerischen Sicherheitswacht als *ein* Beispiel für eine (konservativ)-kommunitaristisch anmutende Reaktion auf bestimmte - als bedrohlich wahrgenommene - Phänomene reflexiver Modernisierung.

Literatur:

Ästhetik & Kommunikation (1994): Im Dschungel der politisierten Gesellschaft. Ulrich Beck in der Diskussion, H. 85-86.

Bauman, Zygmunt (1992): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg.

Bayerisches Staasministerium des Innern (Hg., 1994a): 15-Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung zur Inneren Sicherheit (Kurzfassung), München.

Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hg., 1994b): Die bayerische Sicherheitswacht. Bürger tragen Mitverantwortung für die Innere Sicherheit (Faltblatt), München.

15 Reese-Schäfer 1994, S. 5; Keupp 1995, S. 335.

16 Ob oder inwiefern die 'realen' Sicherheitswachtangehörigen direkte wie indirekte Intentionen der Bayerischen Staatsregierung auch in ihre Streifenpraxis umsetzen bzw. umsetzen wollen, ist indes natürlich eine andere Frage. *Ihre* Perspektive wäre auf Basis der geführten Interviews zu rekonstruieren

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.

Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a. M.

Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen, in: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott: Reflexive Modernisierung, Frankfurt a. M.

Behring, Angela (1994): Hegel und die bayerische Staatsregierung, in: Hornbostel, Stefan (Hg.): Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit (Dokumentation Nr. 6 der DGS-Arbeitsgruppe 'Soziologie der Politik'), Jena, S. 136-142.

Behring, Angela/Göschl, Alexandra/Lustig, Sylvia (1996): Zur Praxis der 'Kultur des Hinschauens'. Motivationslagen und Handlungsformen von Angehörigen der bayerischen Sicherheitswacht, in: Kriminalistik, 50. Jg., H. 1, S. 49-54.

Bellah, Robert N. u. a. (1992): The Good Society, New York.

Blinkert, Baldo (1988): Kriminalität als Modernisierungsrisiko?, in: Soziale Welt, H. 4, S. 397-412.

Bright, John (1990): Patrolling the Streets and the Tube: A Job for the Police or Active Citizens?, Swindon.

Brosziewski, Achim/Maeder, Christoph (1993): Humanisierungspolitik in einem Schweizer Gefängnis, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne/Hummel, Ulrich (Hg.): Politische Aspekte sozialer Arbeit, Heidenheim (Dokumentation Nr. 4 des Ausbildungsbereiches 'Sozialwesen' der Berufsakademie), S. 85-94.

Cunningham, William C./Strauchs, John J./Van Meer, Clifford W. (1990): Private Security: Patterns and Trends 1970 to 2000, Boston.

Deleuze, Gilles (1992): Das elektronische Halsband. Innenansicht der kontrollierten Gesellschaft, in: Kriminologisches Journal 24, S. 181-186.

Ehrenreich, Barbara (1994): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, Reinbek bei Hamburg.

Elster, Jon (1989): The Cement. A Study of Social Order, Cambridge.

Enzensberger, Hans Magnus (1993): Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt a. M.

Esser, Hartmut (1991): Alltagshandeln und Verstehen, Tübingen.

Etzioni, Amitai (1994): Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Stuttgart.

Foucault, Michel (1976a): Mikrophysik der Macht, Berlin.

Foucault, Michel (1976b): Überwachen und Strafen, Frankfurt a. M.

Göschl, Alexandra/Lustig, Sylvia (1994): Die bayerische Sicherheitswacht - ein Modell zur Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols?, in: Hornbostel, Stefan (Hg.): Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit (Dokumentation Nr. 6 der DGS-Arbeitsgruppe 'Soziologie der Politik'), Jena, S. 143-151.

Hitzler, Ronald (1993): Bürger machen mobil. Über die neue soziale Sicherheits-Bewegung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (NSB), 6. Jg., H. 3-4, S. 16-27.

Hitzler, Ronald (1994a): Die neuen Vigilanten, in: Bürgerrechte & Polizei (Cilip) 48, H. 2, S. 67-71.

Hitzler, Ronald (1994b): Mobilisierte Bürger. Über einige Konsequenzen der Politisierung der Gesellschaft, in: Ästhetik & Kommunikation, 23. Jg., H. 85-86, , S. 55-62.

Hitzler, Ronald (1994c): Die Politisierung der Inneren Sicherheit. Über präventiv-repressive Formen der Bewältigung alltäglicher Verunsicherung, in: Hornbostel, Stefan (Hg.): Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit (Dokumentation Nr. 6 der DGS-Arbeitsgruppe 'Soziologie der Politik'), Jena, S. 15-25.

Hitzler, Ronald (1996): Der in die Polizeiarbeit eingebundene Bürger. Zur symbolischen Politik mit der bayerischen Sicherheitswacht, in: Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Qualitäten polizeilichen Handelns, Opladen, S. 30-47.

Hitzler, Ronald/Behring, Angela/Göschl, Alexandra/Lustig, Sylvia (1996a): Rechtliche Rahmenbedingungen und Vollzugswirklichkeit in drei Modellversuchen der bayerischen Sicherheitswacht (Abschlußbericht an die Volkswagen-Stiftung), München.

Hitzler, Ronald/Behring, Angela/Göschl, Alexandra/Lustig, Sylvia (1996b): Signale der Sicherheit. Zur kommunikativen Einbindung des Bürgers in die Polizeiarbeit, erscheint in: Knoblauch, Hubert (Hg.): Kommunikative Lebenswelten, Konstanz.

Hitzler, Ronald/Honer, Anne (1988): Der lebensweltliche Forschungsansatz, in: Neue Praxis, 18. Jg., H. 6, , S. 496-501.

Hitzler, Ronald/Honer, Anne (1991): Qualitative Verfahren zur Lebensweltanalyse, in: Flick, Uwe: (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung, München, S. 382-385.

Hitzler, Ronald/Kliche, Thomas (1995): Politische Symbole und symbolische Politik, in: Zeitschrift für politische Psychologie, H. 3, S. 13-32.

Hitzler, Ronald/Koenen, Elmar (1993): Kehren die Individuen zurück?, in: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt a. M.

Honer, Anne (1993): Lebensweltliche Ethnographie, Wiesbaden.

Honer, Anne (1994a): Einige Probleme lebensweltlicher Ethnographie, in: Schröer, Norbert (Hg.): Interpretative Sozialforschung, Opladen, S. 85-106.

Honer, Anne (1994b): Das explorative Interview, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 20, No. 3, S. 623-640.

Hornbostel, Stefan/Hausmann, Christopher (1993): Gesellschaftliche Verarbeitung von Kriminalität in den Neuen Bundesländern, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne/Hummel, Ulrich (Hg.): Politische Aspekte sozialer Arbeit. Heidenheim (Dokumentation Nr. 4 des Ausbildungsbereiches 'Sozialwesen' der Berufsakademie), S. 35-46.

Johnston, Les (1992): The Rebirth of Private Policing, London, New York.

Keupp, Heiner (1995): Zerstört Individualisierung die Solidarität?, in: Keupp, Heiner (Hg.): Der Mensch als soziales Wesen. Sozialpsychologisches Denken im 20. Jahrhundert (aus der Reihe 'Lust an der Erkenntnis'), München.

Knoblauch, Hubert (1995): Kommunikationskultur. Die kommunikative Konstruktion kultureller Kontexte, Berlin.

Maeder, Christoph (1995): In totaler Gesellschaft, St. Gallen (Dissertation).

Murck, Manfred (1994): Sicherheitsbedürfnisse, Gewaltmonopol und private Sicherheitsdienste, o. O. (Vortragsmanuskript).

Narr, Wolf-Dieter (1992): Der Markt der Sicherheit, das Gewaltmonopol des Staates und die Bürgerrechte, in: Bürgerrechte & Polizei (Cilip), Nr. 3, S. 6-13.

Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1992): Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt a. M.

Reese-Schäfer, Walter (1994): Was ist Kommunitarismus?, Frankfurt a. M.

Reuband, Karl-Heinz (1992): Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 2, S. 331-351.

Ryan, Mick/Ward, Tony (1989): Privatization and the Penal System: the American Experience and the Debate in Britain, Milton Keynes.

Shearing, Clifford D./Stenning, Philipp C. (1983): Private Security - Implications for Social Control, in: Social Problems, Vol. 30, No. 5, S. 493-506.

Soeffner, Hans-Georg (1992): Die Ordnung der Rituale, Frankfurt a. M.

Timm, Howard W./Christian, Kenneth E. (1991): Introduction to Private Security, Pacific Gorve, Cal.

Trotha, Trutz von (1995): Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols?, in: Nedelmann, Birgitta (Hg.): Politische Institutionen im Wandel (Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen, S. 129-166.

Voß, Michael (1992): Privatisierung öffentlicher Sicherheit, in: Frehsee, Detlev/Löschper, Gabi/Schumann, Karl F. (Hg.): Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung (Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd. 15), Opladen, S. 81-102.

Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat

In Verbindung mit
Winfried Brugger, Joachim Hruschka,
Arthur Kaufmann, Hermann Klenner,
Ernst-Joachim Lampe, Niklas Luhmann,
Manfred Rehbinder, Hubert Rottleuthner,
Rüdiger Schott

herausgegeben von
Werner Maihofer und Gerhard Sprenger

Band 5

Detlev Frehsee/Gabi Löschper/Gerlinda Smaus (Hg.)

Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe

Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Die Interdisziplinären Studien zu Recht und Staat sind eine neue Folge des Jahrbuchs für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, das in den Jahren 1970–1993 beim Bertelsmann Universitätsverlag Reinhard Mohn bzw. Westdeutschen Verlag erschienen ist.

Bereits in den letzten Jahren gingen die Inhalte sachlichen Notwendigkeiten gehorchend zunehmend über die Bereiche Rechtssoziologie und Rechtstheorie hinaus. Fast immer wurden auch grundlegende Fragen der Rechtsphilosophie und Staatstheorie mitbehandelt. Dies soll im neuen Titel der Reihe zum Ausdruck kommen und noch ein anderes: die in den Jahrbuch-Bänden veröffentlichten Beiträge und Diskussionen haben durchweg fachübergreifenden Charakter. Sie sind überwiegend aus Tagungen hervorgegangen, die durch das *Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF)* der Universität Bielefeld gefördert wurden. Auch dies sollte in dem neuen Namen deutlich werden.

Überlingen/Bielefeld 1994 Die Herausgeber

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe / Detlev Frehsee ... (Hg.). – 1. Aufl. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges., 1997
(Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat ; Bd. 5)
ISBN 3-7890-4648-5
NE: Frehsee, Detlev [Hrsg.]; GT

1. Auflage 1997
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1997. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Detlev Frehsee, Bielefeld Gabi Löschper, Hamburg Gerlinda Smaus, Saarbrücken

Vorwort 9

I. Umbau des Strafrechts

Detlev Frehsee, Bielefeld

Fehlfunktionen des Strafrechts und der Verfall rechtsstaatlichen Freiheitsschutzes 14

Cornelius Prittwitz, Rostock

Risiken des Risikostrafrechts 47

II. Strafrechtliche Diskurse und die Konstitution von Wirklichkeit

Helga Cremer-Schäfer, Fulda

Kriminalität und soziale Ungleichheit. Über die Funktionen von Ideologie bei der Arbeit der Kategorisierung und Klassifikation von Menschen 68

Heinz Steinert, Frankfurt am Main

Über symbolisches und instrumentelles Strafrecht 101

Werner Lehne, Hamburg

Symbolische Politik und politischer Protest - das Beispiel Hafenstraße 117